

Diplomatie ist gefordert

Zu: „Frieden und Freiheit haben kein Preisschild“, FR-Titel vom 24. Februar

Zuerst bleibt in solchen Zeiten die „Wahrheit“ auf der Strecke. Krieg hat einen furchtbaren Preis – auch in Deutschland. Vergessen wir nicht: Russland verfügt über einsatzfähige Atomwaffen.

Vielleicht geht es auf westlich-deutscher Seite auch sprachlich weniger „bombastisch“. Also nicht nur sprachliche Abrüstung, sondern eine (deutsche) Politik, die die berechtigten Sicherheitsbedürfnisse Russlands in den Blick nimmt. Eine nicht auf Deeskalation und Entmilitarisierung gerichtete (deutsche) Politik wird auch uns Deutsche teuer zu stehen kommen. Wenn erst die Kriegsfurie losgelassen wird, gibt es kein Halten mehr. Weitere – die Bevölkerung in Russland und Deutschland erheblich belastende – Wirtschafts-, Sanktionen sind nur konfrontativ. Ich hoffe, dass die Bellizisten nicht siegen werden. Eine weitere Aufrüstung der Ukraine ist ebenfalls nicht hilfreich. Die Diplomatie ist hart gefordert und muss nun endlich liefern und ihre guten Verbindungen nach Russland nutzen.

Thomas Ewald-Wehner, Nidderau

Im Krieg gibt es stets nur Verlierer

Die Aggression im Konflikt um die Ukraine geht derzeit ohne Frage von Wladimir Putin aus. Ihm geht es vor allem darum, zu verhindern, dass viele seiner Landsleute mit den Ideen, wie wir sie in der westlichen Hemisphäre als Demokratie kennen, infiziert werden und daraus Konsequenzen ziehen, um eine Demokratisierung der Russischen Föderation zu erreichen. Deshalb fürchtet Putin nichts mehr als dass immer mehr Menschen in der Russischen Föderation sich für Ideale einer rechtsstaatlichen Demokratie einsetzen. Das Infragestellen des Systems Putin könnte bedeuten, dass die russische Autokratie von immer mehr Menschen in Russland angezweifelt wird.

Es gilt, dass auch an die Adresse derer, die nicht einsehen wollen oder können, dass diese Auseinandersetzung eben nicht in erster Linie der Westen und die Nato gezündelt haben, sondern dass Putin und die Separatisten in der Ukraine die Verantwortung tragen. Zweifels- ohne hat der Westen auch Verantwortung für die eskalierenden Schritte, aber die Nomenklatura in Russland ist verantwortlich, dass es in Europa wieder zu einem heißen Krieg kommen kann, der nur Verlierer kennen wird. Viele Tote, Verwundete, Traumatisierte.

Provokationen und Menschenrechtsverletzungen müssen angeprangert werden, genauso wie die völkerrechtswidrige Annexion der Krim. Tatsache ist, dass man Gas und andere Rohstoffe niemals gegen Freiheit aufwiegen darf und es für Freiheit in der Tat kein Preisschild geben darf.

Manfred Kirsch, Neuwied



**BRONSKI IST IHR
MANN IN DER
FR-REDAKTION**

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Der Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine ist eine historische Zäsur, deren Folgen weitreichend sein dürften und die bisherige Nachkriegsordnung in Europa infrage stellen. Dazu haben Sie uns bereits erste Mails geschickt. Schreiben Sie uns Ihre Meinung – per Mail oder als Kommentar im FR-Blog unter frblog.de/donbas

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20220221

FR ERLEBEN

Pitt von Bebenburg spricht mit dem Autor Matthias Pöhlmann über dessen Buch „Rechte Esoterik. Wenn sich alternatives Denken und Extremismus gefährlich vermischen“. Eine Online-Veranstaltung der Jüdischen Gemeinde Frankfurt. Im Livestream unter jg-ffm.de
Mittwoch, 2. März 2022, 19 Uhr

Ein Angriffskrieg auf europäischem Boden

Zum Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine und zu „Separatistenführer bitten Putin um Hilfe“, FR-Thema von 24.2.

Mit meinem Herzen bin ich bei der Ukraine

Ich komme ursprünglich aus Russland und wohne seit rund vier Jahren in Europa. Ich bin schockiert über die aggressive Innen- und Außenpolitik der russischen Regierung, den Terrorismus, ihre Angriffe auf andere Länder, vor allem die Ukraine. Mit meinem Herzen und meiner Seele bin ich bei der Ukraine, die seit Jahren nicht nur ihre Grenzen, sondern die Grenzen der demokratischen europäischen Welt verteidigt. Ich habe auch Angst um meine Verwandten in Russland, die ich lange nicht gesehen habe. Ich habe Angst, nach Russland zu kommen, wo ich für meine Meinung verfolgt werden kann. Ich wurde in Sozialnetzen bedroht. Ich bin für härteste Sanktionen gegen das terroristische Russland. Elvira Garkusha, Wien (A)

Weitere Länder werden in die Nato drängen

Mit dem politischen Blackout der Anerkennung der „Volksrepubliken“ und dem Überfall auf die Ukraine dürfte Putin eine Entwicklung angestoßen haben, an deren wahrscheinlichem Ende der Nato-Beitritt Schwedens, Finnlands und einer Rest-Ukraine stehen kann. Das wäre durchaus im geostrategischen Interesse der USA, zumal hier von ein starkes Signal an die chinesische Regierung ausginge, was deren Ambitionen auf die Vereinigung mit Taiwan angeht. Putin stünde am Ende dar als der nützliche Idiot (Lenin), der die Interessen der USA bedient hat. Hans Möller, Frankfurt

Will Putin sich auch die baltischen Staaten holen?

Plötzlich werden die bisher als glaubwürdig und seriös geachteten Medien wie FAZ, SZ, FR, DLF und NDR-Info infrage gestellt. Stattdessen wird obskuren Medien geglaubt, die aus Russland gesteuert werden (s. „Das erste Opfer ist die Wahrheit“, FR vom 22. Februar). Mir kommt dieses „Debatten-Klima“ vor wie jenes um Corona. Einem Medium wie Nachdenkseiten z.B. kann ich keine Seriosität zusprechen, weil dort u.a. für den Anti-Spiegel und für Misstrauen gegenüber Corona-Schutzmaßnahmen geworben wird.

Völlig ausgeblendet werden m.E. die Weiterungen, falls Putin in Richtung Ukraine erfolgreich ist: Dem „alten Russland“ gehörten per Personalunion auch die heutigen baltischen Staaten an; die wären nach Putins Vorstellungen auch noch dem russischen Einflussbereich wieder zu unterstellen (oder einzuverleiben) – gerade wegen dieser Gefahr traten sie der Nato bei. Der Terminus „Erweiterung der Nato“ legt fälschlich nahe, die Nato habe sich quasi Estland, Lettland und Litauen einverleibt, um Russland zu bedrohen.

Außerdem ist Kaliningrad über Land von Russland aus nicht zu erreichen. Das wäre aus Putins Sicht noch zu regeln („normalisieren“). Die „Oblast

Kaliningrad“ gehörte noch nie zu Russland, d.h. nach Putins Logik müsste Deutschland die Rückgabe des Kaliningrader Gebiets (und mehr) beanspruchen dürfen. Glücklicherweise steht das bei keinem vernünftigen Politiker auch nur entfernt auf der Tagesordnung. Dass die dortigen Raketen zwar alle wichtigen westeuropäischen Städte erreichen können, wird kaum thematisiert, stattdessen aber ständig das US-Raketenabwehrsystem in Osteuropa als Bedrohung für Russland an die Wand gemalt. Dieter Hartwig, Kiel

Das nächste große Problem wird China sein

Viele sorgen sich um die Zukunft der Ukraine und Europas wegen der aggressiven Aktivitäten Putins/Russlands im Osten unseres Erdteils. Sanktionen werden geplant und beschlossen. Die Energieversorgung scheint gefährdet, die Preise für Öl und Gas steigen ungebremst. Die Restriktionen werden auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unseres Landes und Europas treffen. Aber machen wir uns nichts vor: Das nächste, vermutlich viel größere Problem steht uns noch bevor. China wartet die Reaktionen des Westens und deren Auswirkungen ab und wird sich in absehbarer Zeit daran machen, Taiwan „ins Reich zurückzuholen“. Dies würde vermutlich vergleichbare Sanktionen des Westens zur Folge haben, die unsere Wirtschaft jedoch weitaus härter treffen – wenn nicht in die Knie zwingen. „Sub aqua, sub aqua maledicere tractant!“

Ich möchte zwar keiner der Frösche sein, aber es bedarf keiner großen Phantasie, sich Chinas Aktivitäten gegenüber Taiwan nach Putins Schema vorzustellen, sobald deren Auswirkungen auf der Grundlage der aktuellen Erfahrungen einigermaßen abzuschätzen sind und kalkulierbar erscheinen.

Peter Gentner, Neu-Anspach

Expansiver Panslawismus mit historischen Wurzeln

Russland und Belarus haben einen Angriffskrieg gegen die Ukraine begonnen. Diktator Putin schüchtert andere Staaten ein, sich ihm in den Weg zu stellen. Das werde Konsequenzen nach sich ziehen, wie sie sie noch nicht erlebt hätten. Damit bestätigt er jene „teuflische Verschlagenheit“, die Karl Marx bereits einem seiner Vorgänger unterstellte: Zar Nikolaus I. Als Triebfeder des russischen Imperialismus entlarvte Marx den expansiven Panslawismus des Zarenreichs. Russland sei darauf aus, ganz Europa zu unterjochen, es habe die slawischen Völker „still vereint“ und „den römisch-keltischen Rassen, die bisher in Europa geherrscht haben, Krieg auf den Tod erklärt.“ Das war starker Tobak, und manche Bewertung dürfte den Vorurteilen der Deutschen und ihrer Nachbarn entsprochen haben. Solche Ressentiments waren von den damaligen Obrigkeiten kalkuliert gezüchtet wor-

den. Man kann rückblickend sogar der Meinung sein, dass sich die Mächte des Alten Europas bewusst gegen Russland abgegrenzt und dadurch Kriege provoziert hätten. Ähnlich wie das die Nato nach der Selbstauflösung der Sowjetunion getan hat. Dennoch gibt es keine Rechtfertigung für Angriffskriege.

Ich bin gespannt auf die Reaktionen der deutschen Putin-Lakaien, von der AfD über Sahra Wagenknecht bis zu Gerhard Schröder. Möglicherweise wird der Krieg gegen die Ukraine auch die innenpolitische Lage in Deutschland verändern. Ein Ende der AfD würden sämtliche Demokraten begrüßen. Ein Aus für „Die Linke“ aber wäre faktisch ein Sieg des Neoliberalismus. Und die SPD müsste sich entscheiden, ob es nicht endlich an der Zeit ist, Gerhard Schröder und seine gesamte Agendapolitik für unvereinbar mit sozialdemokratischen Werten zu halten.

Die Ukraine wird sich militärisch nicht gegen das hochgerüstete Russland verteidigen können. Deswegen müssen sich die Demokraten dort, aber auch in Russland mit anderen Waffen wehren. Hierbei ist die Unterstützung von EU und USA notwendig. Einer konzertierten digitalen Desinformationskampagne kann Russland nicht standhalten, denn es hat wesentliche Teile seiner Technologie in Raketen, Panzer und Kanonen gesteckt. Seine Beeinflussungsversuche westlicher Wahlen via Internet sind vergleichsweise schlicht gewesen. Sie zielten auf die Informationskanäle des rechtsextremen Plebs, also auf Telegram usw. Hackerangriffe auf den Bundestag und andere Parlamente konnten abgewehrt werden. Bei kluger Strategie und Taktik könnte der Krieg rasch in sich zusammenbrechen. Das Ende Putins und seiner Kamarilla sollte auch das unwiderrufliche Ende der russisch-orthodoxen Kirche sein, die einem aggressiven Nationalismus Vorschub leistete. Klaus Philipp Mertens, Frankfurt

Aggressive Haltung gegen die Demokratien

Die Systemfrage vereint China und Russland. Die westliche Wertegemeinschaft glaubte lange, dass der Wandel durch Handel, den Weltfrieden retten wird. Die hybriden Angriffe auf kleine und wehrlose Staaten wie die Ukrainer sind die neuen Kriegswaffen der Autokraten. Die Diplomatie ist nur noch eine leere Hülse, Wirtschaftssanktionen halten weder China noch Russland auf. Die aggressive Haltung gegen die Demokratien sind ein klares Zeichen, dass es um alles oder nichts geht. Wann begreifen das endlich alle in der Ampelregierung und den EU-Staaten?

Wer einen Orbán in den eigenen Reihen hat, darf sich nicht wundern, dass Europa nicht mehr ernst genommen wird. Europa hat bereits zwei Weltkriege erlebt. Das müsste reichen um aus der Vergangenheit zu lernen, aber anscheinend nicht für alle.

Thomas Bartsch-Hauschild, Hamburg

Diskussion: frblog.de/donbas